

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869**

19.10.1869 (No. 245)



# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 19. Oktober.

N. 245.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

## Amtlicher Theil.

Durch höchsten Befehl Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs vom 15. d. Mts. wird der vormalige königlich preussische Seconde-Lieutenant Adolf Freiherr v. Craillsheim zum Seconde-Lieutenant im (2.) Grenadier-Regiment König von Preußen ernannt.

Die Portepfehrliche  
Theodor Leutwein im 5. Infanterie-Regiment,  
Eduard Freiherr von Rüdiger im (1.) Leib-Grenadier-Regiment,  
Hermann Gebele von Waldstein im 4. Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm,  
Philipp Damm im 3. Infanterie-Regiment.  
Otto Deininger im (1.) Leib-Grenadier-Regiment,  
Rudolf Harfing im 4. Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm,  
Adolf Friß im (1.) Leib-Grenadier-Regiment,  
Karl von Beck im Festungs-Artillerie-Bataillon,  
Max Jeroni im Feld-Artillerie-Regiment und  
Eduard Künzle im Feld-Artillerie-Regiment  
werden zu Seconde-Lieutenants befördert.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† **Mergentheim, 18. Okt.** Eisenbahn-Festlichkeit. Der Stuttgarter Festzug brachte über 200 Gäste, worunter die Minister v. Arnöcker und v. Gessler. Die babilonischen Teilnehmer, worunter Ministerialpräsident v. Dusch, stiegen meist in Jorkfeld ein. Der Festzug wurde überall freudig begrüßt, unter außerordentlichem Andrang der Bevölkerung. Beim Dejeuner in Königshofen trank Ministerialpräsident v. Dusch auf die bayrischen und württembergischen Gäste, v. Arnöcker auf v. Dusch als Vertreter der Badener.

† **Florenz, 16. Okt.** Nachm. Das Journal „Economista d'Italia“ schreibt: Die italienische Regierung, welche stets bestrebt gewesen ist, eine Versöhnung zwischen Konstantinopel und Kairo herbeizuführen, befolgt in dieser Angelegenheit jene Politik, welche ihr einzig durch ihre eigenen Interessen vorgezeichnet wird. Dieselben sind in Egypten eben so wichtig wie in jedem anderen Theile des türkischen Reiches. — Die Kommission zur Revision des Handelsgesetzbuches hat sich in gestriger Sitzung für die Abschaffung der Schulhaft ausgesprochen.

† **Florenz, 17. Okt.** Die „Opinione“ sagt: Ferraris, der Minister des Innern, hat seine Entlassung eingereicht, wegen Meinungsverschiedenheit seiner Kollegen, welche sich zur Auflösung der Kammer entschlossen.

### Deutschland.

† **München, 16. Okt.** Wie die „Bayer. Landesztg.“ hört, sollen die neuen Wahlen so beschleunigt werden, daß der Landtag auf Ende November einberufen werden kann. — Der vor einigen Monaten gefasste Beschluß unserer Gemeindefollegen, nur einen weltlichen Schulrath aufzustellen, hat nunmehr die Genehmigung der Regierung erhalten.

† **Aus Bayern, 16. Okt.** (B. Bl.) Der Vorstand des „bayerisch-patriotischen Bauernvereins“ zu Deggendorf, Frhr. v. Hafentrudl von Scheidelhof, hat ein königliches Handschreiben vom 2. d. erhalten, worin ihm, und beziehungsweise dem von ihm gegründeten Verein die königliche Anerkennung ausgesprochen wird. Der „patriotisch-bayerische Bauernverein“ hatte nämlich an den König nach Schloß Berg seine Statuten nebst näherer Erläuterung des Vereinszwecks, sowie eine Ergebenheitsadresse eingefandt.

\* Die „Donauzeitung“ ist in den Stand gesetzt, das auf die Parteigruppierung in der jetzt aufgelösten Abgeordnetenkammer bezügliche Zirkular des Fürsten Hohenlohe vom 29. Mai d. J. zu veröffentlichen. Dasselbe lautet:

Nachdem nunmehr auch die Erklärungen der bei den letzten Neuwahlen mehrfach Gewählten abgegeben sind, und sonach die Zusammensetzung der künftigen Kammer vollständig bekannt ist, ergibt sich, daß in derselben vertreten sein werden: 1 Mitglied der Volkspartei, 56 Mitglieder der Fortschrittspartei, 20 Mitglieder der Mittelpartei, sonach 77 Liberale und 77 von der kirchlichen Partei vorgeschlagene Kandidaten. Der Regierung konnte dieses Resultat nicht unerwartet sein; es ist eine bekannte Erfahrung im politischen Leben, daß in erregten Zeiten, und wenn sich die Bestrebungen der Parteien in leidenschaftlicher Weise gesteigert haben, stets die Extreme von einem gewissen außerordentlichen Erfolg begleitet sind, und diejenigen Parteien, welche mit Ruhe und Besonnenheit vorangehen wollen, für eine Zeit lang in dem Wahlkampf in der Minderheit bleiben. Bei der großen Rührigkeit, insbesondere der kirchlichen Richtung, bei den bedeutenden Mitteln zur Agitation, über welche sie verfügt, wäre sogar ein Sieg dieser Partei keineswegs unmöglich gewesen, und war sogar von verschiedenen Seiten erwartet worden. Um so mehr kann die Regierung sich damit zufrieden erklären, daß es, ungeachtet aller Anstrengungen, ihren Gegnern nicht gelungen ist, die Majorität in der Kammer zu erlangen, und

auch selbst das gegenwärtige Resultat nur dadurch erreicht werden konnte, daß die antiliberalen Richtung, um deren Sieg es sich im Schoße dieser Partei handelte, mittelst der vorgeschobenen Sorge für die Selbständigkeit der Krone und des Landes und mittelst der wohlbedachten Abneigung der Mehrzahl des Volkes gegen eine Unterwerfung unter preussische Oberhoheit maskirt wurde. Die ausgesprochene Anschauung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung aber, nicht in den Norddeutschen Bund eintreten zu wollen, kann die Regierung nur als — wenn auch von den gegnerischen Führern nicht beabsichtigte — Zustimmung zu der von ihr bisher befolgten Politik ansehen, denn gerade dieser Grundsatz war es, der die äußere Politik Bayerns bisher leitete und welchen zu verlassen das Ministerium weder Anlaß noch Neigung gehabt hatte. Dagegen hat selbst die extreme kirchliche Richtung nicht gewagt mit einem Programm aufzutreten, welches den Bruch der Allianzverträge, eine Anlehnung an eine fremde Macht, oder auch nur eine antinationale Politik gefordert hätte, vielmehr halten selbst die ausgesprochenen Feinde des Ministeriums für notwendig zu betonen, daß auch sie eine nationale Verbindung mit den Norddeutschen Stammesgenossen anstreben. Ueberdies hat sich gezeigt, daß jedenfalls in den Städten und in einem großen Theile des Landes die kirchliche Richtung überhaupt keinen Boden hat. Unter diesen Umständen ist dem gegenwärtigen Ministerium sein Verhalten klar vorgezeichnet. Dasselbe hat keine Veranlassung, so lange Se. Maj. der König ihm sein allerhöchstes Vertrauen bewahrt, die Geschäfte niederzulegen, und noch viel weniger eine andere als die bisherige Politik im Innern sowohl als nach außen einzuschlagen. Was insbesondere die Gesetzgebung in innern Angelegenheiten betrifft, so ist allerdings bei der vorausichtlich schwankenden Majorität zur Zeit ein weiteres Vorgehen in den Reformbestrebungen nicht wohl thunlich; es ist dies aber auch keineswegs nöthig. Denn es wird nur zum Besten des Landes dienen, wenn die vielen umfangreichen neuen Gesetze allmählich sich in dem sozialen Leben einzubürgern Zeit haben, wenn eine Pause in der bisherigen Fruchtbarkeit der Legislation eintritt, und wenn man eine Konsolidirung der bisherigen Erfolge erwartet, ehe man mit Neuerungen vorgeht. Daß aber die bisherigen Errungenschaften wieder aufgehoben würden, und eine den Bestrebungen der letzten Jahre entgegenarbeitende Strömung in der Gesetzgebung Platz greifen könnte, dazu reicht die Macht der kirchlichen Partei nicht aus; ganz abgesehen davon, daß sich jetzt schon Anzeichen finden: es werde sich alsbald innerhalb dieser 77 kirchlichen Gewählten eine Scheidung vollziehen, indem hierunter eine große Anzahl wohlbedenkender, ruhiger und patriotischer Männer zu zählen sind, welche keineswegs geneigt sein werden, die Zwecke der extremen Parteiführer mitzuverfolgen. Die äußere Politik hat, wie ich bereits oben erwähnt habe, nominell die Zustimmung des Landes gefunden, und es wird beßhalb das Ministerium wie bisher auch fortan bestrebt sein, die Selbständigkeit der Krone im vollsten Maße zu wahren, ohne dabei die Aufgabe aus dem Auge zu lassen, welche die Friedensverträge des Jahres 1866 für die künftige Entwicklung Deutschlands ausgeprochen haben, die Aufgabe, die Trennung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands durch ein materielles Band wieder aufzuheben, welches Macht und Ansehen des Vaterlandes gegen fremde Angriffe sichert, ohne der Gleichberechtigung der Stämme und ihrer Pflichten einen Eintrag zu thun. Ich ersuche Sie, in diesem Sinne sich bei der Regierung, bei welcher Sie akkreditirt sind, auszusprechen, und benutze diesen Anlaß zur erneuerten Versicherung ausgezeichnetster Hochachtung. [Das obige Zahlenverhältnis hatte sich nach dem Zusammentritt der Versammlung etwas anders gestellt, indem 78 Mitglieder der kirchlichen Partei sich zuwandten. Zwei gehörten der Volkspartei an.]

\* **Elberfeld, 16. Okt.** Zu der heute stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft wurden alle auf der Tagesordnung stehenden, von der Direktion vorgeschlagenen Erweiterungen der Gesellschaft einstimmig genehmigt. Hierzu gehören namentlich die Fortführung der Linie von Waden bis zur belgischen Grenze; die direkte Linie von München-Glabbech nach Köln und die von Wülheim nach Deutz. Die Versammlung ermächtigte die Direktion, die zu diesem Zwecke nöthigen Geldmittel zu beschaffen.

\* **Kassel, 17. Okt.** Bestem Vernehmen nach ist in der für unsere Provinz so hochwichtigen Landes-Kreditkassen-Angelegenheit unter den Kommunalständen in vertraulicher Beratung eine Verständigung erzielt worden, und es sollen nun die Ausschufsanträge dem Oberpräsidenten als Vorschläge des Kommunallandtags zur Befürwortung in Berlin unterbreitet werden. Sobald von dort eine weitere Entschließung, resp. neue Vorlage erfolgt ist, wird der Kommunallandtag abermals auf einige Tage zusammentreten, um Beschlüsse zu fassen, welche dann — die Einigung mit der Regierung vorausgesetzt — dem Landtag zur Sanctionirung vorgelegt werden. — Sowohl das zur Gründung einer „f.ien katholischen Universität“ in Fulda zusammengetretene Laiencomitee (an dessen Spitze Fürst Löwenstein steht), als auch die vom Papst eingesetzte bischöfliche Kommission haben sich dahin ausgesprochen, daß neben der theologischen auch eine philosophische Fakultät „mit allen ihren Branchen“ (besonders auch das ganze Gebiet der Naturwissenschaften umfassend) errichtet werden soll, ähnlich also wie die Akademie in Münster. — Die „Hess. Volksztg.“ von heute will „aus den verschiedensten Theilen des Landes“ Nachrichten erhalten haben, nach welchen man — ohne Zweifel wegen des Standes der Synodalfrage — in vielen Gemeinden entschlossen sein soll, aus der Kirche auszufei-

den und Dissidentengemeinden zu bilden. Das Blatt versichert, Gemeinden zu kennen, die das einstimmig gegen den Willen ihres Predigers und solche, die es mit dem Prediger gemeinschaftlich thun wollten.

\* **Dresden, 15. Okt.** In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-kammer erklärte der Minister des Innern, die Regierung werde dem nächsten Landtag ein Organisationsgesetz vorlegen, welches die Ortspolizei an Organe der Selbstverwaltung überträgt und Bezirksvertretungen einführt. Biedermaun und andere Liberale erklärten, daß ein solcher Entwurf, wie ihn der Minister in Aussicht gestellt hat, den Wünschen des Volkes nicht genüge, und behielten sich weitergehende Anträge vor.

**Dresden, 15. Okt.** In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-kammer brachte der Abg. Petri (national-liberal) den Antrag ein, die Regierung möge im Bundesrathe und Reichstage dahin wirken, daß die in dem Entwurfe des norddeutschen Strafgesetzbuches beibehaltene Todesstrafe nicht im Gesetze Aufnahme finde, und für die Beseitigung der in §. 26 enthaltenen Worte: „Verlust des Adels“, da die betreffende Bestimmung offenbar eine Beleidigung des Bürgerstandes enthalte, eintreten.

**Berlin, 16. Okt.** Sitzung des Abgeordneten-hauses vom 16. Okt. (Köln. Z.)

Die Kommission für Hypothekenvorlagen wählte als Vorsitzende: Köhne und Braßmann; als Sekretäre Köster und Golberg.

Präsident v. Forckenbeck theilt mit: Das Gericht zu Kärnten habe, trotz des Beschlusses des Hauses vom Dienstag, am Mittwoch das Verfahren gegen den Abg. Richter (Königsberg) eröffnet. Von Seiten des Präsidiums sei nichts verkannt worden, das Verfahren aufzuschieben.

Der Justizminister meldet dem Hause, seine schriftliche Weisung, den Beschluß des Hauses auszuführen, sei erst nach Abhaltung des Termins in Kärnten eingetroffen; das Verfahren sei sistirt. Das Erkenntnis werde erst nach dem Schlusse des Landtages erfolgen (Heiterkeit). Künftig erfolgten derartige Weisungen telegraphisch.

v. Forckenbeck konstatirt, er habe das nahe bevorstehen des Termins betont, künftig würden die Data des Termins angezeigt.

Koch bedauert, daß das Kärntner Gericht nicht selbstständig nach der Kunde des Antrages das Verfahren sistirt habe.

Die Anträge über die Prämienanleihe und der Antrag Schwerin: Festsetzung bestimmter Tage für die Anträge des Hauses und Petitionen wurden zur Schlussberatung gestellt.

Die heute begonnene Generaldiskussion über die Kreisordnung wurde schließlich auf die nächste Sitzung, Dienstag den 19. d., vertagt.

Präsident v. Forckenbeck verliest zwei Anträge, die so eben eingereicht sind: 1) Einen Antrag Lasker, Riquel und Genossen, welcher lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königl. Staatsregierung aufzufordern, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß im Wege der Bundesgesetzgebung die Kompetenz des Norddeutschen Bundes auf das ganze Gebiet des bürgerlichen Rechtes ausgedehnt werde.“ 2) Einen Antrag Dr. Becker (Dortmund) und Dr. Gneiss, betreffend einen Gesetzentwurf über Pflanzung der den Geistlichen und Schullehrern, sowie den milden Stiftungen zustehenden Reallasten.

Der erste Antrag wird zur Vorberatung gestellt, die Beschlußnahme über die geschäftliche Behandlung des zweiten Antrages wird ausgesetzt bis nach Druck desselben.

**Berlin, 16. Okt.** (Köln. Ztg.) Es ist gewiß nicht ohne Interesse, daß der in der heutigen Sitzung eingebrachte Antrag Lasker-Riquel über Ausdehnung der Kompetenz des Norddeutschen Bundes auf das gesammte bürgerliche Recht zugleich von vielen Mitgliedern der Fortschrittspartei unterzeichnet ist, die einst gegen die Bundesverfassung gestimmt haben. Es beweist dies einen erfreulichen Umschwung der Ansichten und ein lebendiges Streben, die Bundesverfassung zu befestigen. Die Verhandlung wird interessant genug werden, es ist die Antwort auf den partikularistischen Antrag des Grafen von Lippe im Herrenhaus.

### Oesterreichische Monarchie.

† **Wien, 16. Okt.** Der russische Konsul in Ragusa ist dem Vernehmen nach von seiner Regierung angewiesen, auch nicht den leisesten Verdacht aufkommen zu lassen, daß der dalmatinische Aufstand auf irgendwelche Sympathien oder gar auf eine werththätige Unterstützung Rußlands zu rechnen habe, und falls sich eine passende Gelegenheit dazu bieten sollte, speziell den Injurgenten jeden beßfalligen Zweifel zu benehmen.

† **Wien, 17. Okt.** Den Oberbefehl über die zur eventuellen Niederwerfung des dalmatinischen Aufstandes zusammengezogenen Truppen wird der Oberst Jobornovic führen, der um so mehr dazu berufen erscheint, als er bereits früher in Bosnien seine diplomatische Gewandtheit zu bekunden Gelegenheit hatte. Zur Aktion wird er jedenfalls erst dann fruchtlos bleiben sollte und wenn andererseits die Truppen auf eine Stärke gebracht sind, daß ein auch nur partieller Mißerfolg, der die Dimensionen der Insurrektion bedenklich steigern könnte, nicht zu besorgen ist.

Selbst eine Brigade der Wiener Garnison — die Regimenter Ramming und Gorrizutti — hat Marschbefehl nach dem Süden.



**Kinz, 16. Okt.** Die „Katholischen Blätter“ melden, Bischof Rudigier werde gegen die Entziehung der Dotationsgüter in Folge Aufforderung einer hohen Persönlichkeit beim Reichsgerichte Beschwerde führen.

**Zara, 12. Okt.** Bekanntlich ist die Bezirkshauptmannschaft Cattaro durch Verordnung des Gesamtministeriums in den Ausnahmezustand erklärt worden. Einer Dalmatiner Korrespondenz der „N. Fr. Presse“ entnehmen wir folgendes Nähere:

Die Bewohner des Kreises Cattaro zählten bis in das Jahr 1854 keine Steuern und stellten keinen Mann, weder zu den Landtruppen noch zu der Marine. Das neue Wehrgesetz nun hielt dieses letztere Vorrecht ebenfalls aufrecht, dehnte jedoch die Verpflichtung zur Landwehr auch auf diese Gegend aus, wonach im Anfange dieses Monats die Stellung hätte beginnen sollen. Als jedoch die bezügliche Verordnung, für diesen Zweck viel zu spät, hier anlangte, waren die politischen Behörden in nicht geringer Verlegenheit ob der rechtsgiltigen Interpretation des Erlasses einer Bevölkerung gegenüber, welche, in politischen Dingen talentiert, rebegewandt, nur auf ihren Vorteil bedacht und jeden Augenblick bereit ist, denselben mit den Waffen in der Hand zu verteidigen. Es fehlten in diesem Erlasse manche nähere Bestimmungen. Der kriegerische, an Kampf und Mord gewöhnte Boche, der keinen Sinn für die Zusammengehörigkeit mit dem österreichischen Kaiserstaate besitzt, nimmt den Ausdruck: „zur Verteidigung des eigenen Herdes“ buchstäblich und ist auf keine Weise zu bewegen, wenn es die Nothwendigkeit erfordert sollte, einige Stunden weit zu marschieren, um vielleicht den Feind von dem Einbringen in ein anderes Dorf abzuhalten, mit welchem er in Feindschaft lebt oder Blutrache geschworen hat. Nachdem den einzelnen Deputationen von Seiten der Bezirksämter und auch durch militärische Organe das Gesetz nicht immer glücklich verdolmetscht und erläutert worden war, hielten die Bewohner der Zuppa und von Krivocice, sowie auch die stets unzufriedenen Pastrowitschianer stürmische Volksversammlungen ab, wobei sie schworen, der Einführung der Landwehr sich zu widersetzen und die Erhaltung ihrer Freiheiten mit den Waffen zu erkämpfen. Zur selben Zeit (23. September) befand sich der Statthalter auf dem Kriegsschiffe „Andreas Hofer“ in den Bocche, da er die Absicht hatte, den herblichen Manövern der Brigade Dormus, welche aus den Truppen der Kreise Ragusa und Cattaro besteht, beizuwohnen. Zahlreiche Deputationen meldeten sich zur Audienz, wurden jedoch nicht vorgelassen, sondern der Gouverneur gab die nöthigen Weisungen den Civil- und Militärbehörden und kehrte nach Zara zurück. Als nun bald darauf Zusammenrottungen stattfanden und die Bevölkerung eine drohende Haltung annahm, erfolgte telegraphisch der Befehl, die Durchführung der Stellung nöthigenfalls mit Anwendung von Waffengewalt zu bewirken. Zahlreiche Einwohner der an Montenegro angrenzenden Bezirke verließen hierauf mit ihren Herden ihren Wohnsitz und wanderten nach jenem Gebirgslande aus. Gegenwärtig sollen die Aufständischen mit den stammverwandten Czernagoren, welche zu Kriegs- und Raubzügen in die nachbarlichen Gebiete jederzeit bereit sind, mehrere tausend Mann stark in der Ebene von Grabowo — dem alten Schlachtfeld — fleißig eingeübt werden. Fast die ganze Garnison von Ragusa wurde in Eilmärschen nach Castellnuovo und Cattaro gezogen, so daß nunmehr die Brigade ziemlich vollständig konzentriert ist, um gegen Ereignisse gerüstet zu sein. Auch wurden dem Brigadier die Kriegsschoner „Kerka“ und „Möwe“ zur Verfügung gestellt. Aus Trieste sind am 11. d. die Regimenter 48 und 52 nach Cattaro abgegangen. Faktisch wurde die Stellung der Landwehrgewalt bisher unmöglich gemacht, indem Boyen und auch katholische Pfarren die Kaufbücher fälschten oder vertilgten und die Steuerpflichtigen nicht aufgefunden werden können.

### Italien.

**Florenz, 16. Okt.** Abds. Die „Gazetta del Popolo“ stellt das Gerücht von dem Rücktritt des Justizministers in Abrede. Dasselbe Journal versichert, daß der Tag der Einberufung der Kammer noch nicht festgesetzt ist. — Die „Nazione“ kündigt an, daß der Ministerpräsident General Menabrea sich nach Turin begeben hat, um mit dem König bezüglich wichtiger Entschlüsse zu konferiren, die gestern im Minister-rath gefaßt worden sind.

**Rom, 12. Okt.** (Röln. Ztg.) Die mit der Einrichtung der Konzils-Aula beauftragten Architekten unterließen es, die akustische Beschaffenheit des Ortes zur rechten Zeit wohl zu untersuchen. Unter dem Hämmer, Sägen, Klopfen, Meißeln, Hufen und Dazwischenschreien ist man später auf Uebelstände aufmerksam gemacht worden, welche besorgen lassen, daß die Verhandlungen an diesem dazu bestimmten Orte gar nicht stattfinden können. Wären diese Hindernisse aber auch zu beseitigen, die übermäßige Höhe des Kirchengewölbes kann nicht niedriger werden, somit verirren sich die Schallstrahlen der Stimmen und von den Rednern wird keiner den anderen ganz verstehen. So denkt man an die Verlegung der Sitzungen in eine andere Lokalität, während der in St. Peter eingerichteten nur noch die Bestimmung bliebe, die in das Konzil einziehenden und dann die daraus scheidenden Bischöfe aufzunehmen. Um den begangenen Irrthum zu vertuschen, heißt es nun, die Aula habe nie einen anderen Zweck gehabt, während doch jedes Heft der „Civiltà Cattolica“ jedes kirchliche Blatt bisher nur das Gegentheil wußte. Die Zahl der in St. Peter eingerichteten Bischofs-sitze ist genau 560. Man denkt nun an den großen Saal der vatikanischen Bibliothek.

### Frankreich.

**Paris, 16. Okt.** Die „Patrie“ steht sich zu folgendem Dementi veranlaßt: Mehrere Blätter bestehen darauf, anzukündigen, daß die Kaiserin ganz gewiß eine Reise nach dem heiligen Lande machen wird. Wir beschränken uns darauf, ein für alle Mal zu erklären, daß diese Nachricht all und jeder Begründung entbehrt. — Heute Morgen um 10 Uhr fand das Begräbniß des Senators Sainte-Beuve auf dem Friedhofe Montporenaße statt. Nach dem ausdrücklichen Wunsche des Dahingeshiedenen wurde all und jeder Prunt vermieden und der Leichenzug trug nicht das geringste offizielle Gepräge; es hatte sich aber zu demselben eine sehr große Menge Menschen versammelt, darunter die hervorragendsten Namen der Literatur und Kunst. Eine Grabrede wurde nicht gehalten. Der „Presse“ zufolge war heute Morgen das Gerücht in

Umlauf, sämtliche Minister hätten ihre Demission einge-reicht und der Kaiser hätte Hrn. Rouher beauftragt, mit Hrn. E. Mallier in Gemeinschaft ein neues Kabinett zu bilden.

**Paris, 16. Okt.** Man liest in der ultraradikalen „Réforme“: „Die in Paris anwesenden Deputirten von der Linken haben sich vorgestern bei Hrn. Jules Simon versammelt. Man kündigt an, daß sie entschlossen sind, ein Manifest zu veröffentlichen. Wir erwarten es; allein sie mögen bedenken, daß die Demokratie das Auge auf sie gerichtet hat und daß sie Vieles wieder gut zu machen haben. Wenn die Sache der Revolution noch nicht auf dem Punkt angelangt ist, zu triumphiren, so tragen sie hieran allein die Schuld, und das Volk wird das nicht vergessen.“

**Paris, 17. Okt.** Das „Journal officiel“ veröffentlicht einen Bericht über die Vorgänge in Aubin. Darnach hätten die Soldaten in Folge heftiger Angriffe und um sich nicht entwaffnen zu lassen, geseuert. — Der „Constitutionnel“ dementirt das Gerücht von Modifikationen im Ministerium.

**Paris, 17. Okt.** Drei Konferenzen, berichtet die „Presse“, haben seit vorigem Donnerstag in Compiègne stattgefunden. Ganz sichere Nachrichten erlauben uns, zu versichern, daß weder Hr. Rouher, noch irgend eine andere politische Persönlichkeit zu diesen Beratungen der Minister mit dem Kaiser zugelassen worden ist, daß aber Hr. Schneider aller Wahrscheinlichkeit nach einer der nächsten Konferenzen beiwohnen wird, in der das Programm für die legislative Session festgesetzt werden soll. Morgen wird die Berathung über die Fragen der allgemeinen Politik und über die Gesetze, deren Vorlagen noch nicht definitiv beschloffen sind, fortgesetzt.

**Paris, 18. Okt.** Heute findet eine Versammlung von Abgeordneten der Linken bei Jules Favre statt, welche den Wortlaut des Manifestes festsetzen wird. — Am Samstag haben in 6 Modewaren-geschäften die Handlungsbienner die Arbeit eingestellt. Drei weitere Striktes werden für Montag erwartet. Man glaubt, daß viele Herren ihre Angestellten durch Mädchen ersetzen werden.

### Spanien.

**Madrid, 16. Okt.** Nach einer glänzenden Rede von Jose de Dozaga haben die Cortes die gerichtliche Verfolgung gegen die 17 Deputirten, die an der Empörungsbewegung Theil genommen haben, gestern Abend autorisirt. — Die Diskussion des Gesetzes über die Eisenbahnen ist auf eine etwas ruhigere Zeit vertagt.

**Madrid, 16. Okt.** Abends. Ein Ausfall der Insurgenten von Bejar (Provinz Salamanca) wurde zurückgeschlagen. In Corunna (Galicien) brachen Unruhen aus. Dieselben wurden leicht unterdrückt. Die Cortes haben ihre Sitzungen auf unbestimmte Zeit suspendirt. (Damit ist die Regentschaft auch von dieser Seite Herrin der Situation.)

Am 16. d. Morgens begann General Alaminos den Angriff auf Valencia. Demnach müssen die Unterhandlungen zur Unterwerfung der Empörer ohne Erfolg geblieben sein. Nach zweistündigem heftigen Kampfe ergaben sich die letzteren auf Gnade und Ungnade; die Truppen haben die Stadt besetzt.

**Madrid, 16. Okt.** Abds. 10 1/2 Uhr. Die Kommission der Konstitution ist heute Nachmittag zusammengetreten, um sich mit dem Gesetz bezüglich der Wahl des Monarchen zu beschäftigen.

**Madrid, 17. Okt.** Abends. Die Kaufleute haben die Regierung benachrichtigt, daß in den letzten Tagen beträchtliche Mengen von Terpentinöl verkauft worden seien. Das stimmt zu den der Behörde zugekommenen Nachrichten, wonach es der Plan der Revolutionspartei wäre, die Stadt Madrid in Brand zu stecken. Die Regierung ist wachsam.

Nach dem über spanische Verhältnisse mitunter wohlunterrichteten Pariser Korrespondenten der „Times“ stehen die Verhältnisse der Regierung in Madrid gegenüber dem Aufstande in Cuba bedeutend günstiger. Die Insurgenten sind so schonungslos mit Zuckerpflanzungen, Zuckerfabriken und dem sonstigen Eigenthum von Freunden wie Gegnern umgegangen, daß die großen Grundbesitzer sich vielfach entschlossen haben, die Regierung zu unterstützen, und sogar bedeutende Summen zu diesem Zwecke gezeichnet und dem Gouverneur übermitteln lassen. Auch sonst sei die Lage der Dinge auf Cuba so, daß, wenn schon Cuba nach dem übereinstimmenden Urtheile aller einsichtsvollen Beobachter in nicht ferner Zeit von Spanien losgetrennt werden müsse, dieser Akt doch weniger beleidigend für den spanischen Nationalstolz ausfallen werde, als man noch vor kurzer Zeit habe hoffen dürfen.

### Belgien.

**Brüssel, 16. Okt.** Der „Moniteur des intérêts matériels“ dementirt nach authentischer Quelle, daß die Unterhandlungen zwischen der österreichischen Bahn und der niederländischen Gesellschaft, die Ausdehnung des zwischen Frankreich und Holland abgeschlossenen Eisenbahn-Vertrags auf Holland betreffend, abgebrochen seien. — Der Vertrag über die Abtretung der Südzitate von Antwerpen an Dr. Stroussberg von Berlin ist unterzeichnet.

### Türkei.

**Konstantinopel, 15. Okt.** Der Kronprinz von Preußen wird während seines hiesigen Aufenthaltes im Palast des Beglerbeg, der Kaiser von Oesterreich im Palast Dolma-Battische residiren.

„Levant Herald“ zufolge hat die Pforte sich bereit erklärt, künftig die Ausfahrt durch die Daranelen-Strasse und den Bosphorus bei Nacht zu gestatten.

Mit Egypten soll im Prinzip Alles geordnet sein, nachdem man von beiden Seiten sich in Hinsicht auf Form und Etiquette Zugeständnisse gemacht. Der Sultan wird sich am 9. Novemb. nach Egypten begeben. Die Kaiserin der Franzosen hat der Sultanin Valide gleich am Tage ihrer Ankunft um 6 1/2 Uhr Abends einen Besuch gemacht. Die bisweilen von der Pforte als offizielles Organ benutzte „Turquie“

stellt ausdrücklich in Abrede, daß die Reise der Kaiserin politische Zwecke in Bezug auf die ägyptische Frage oder auf die Christen in Palästina verfolge, und versichert, der Sultan habe sich durch die glänzende Aufnahme, die er in Paris gefunden, so geehrt gefühlt, daß er Alles aufbiete, um der Kaiserin Eugenie zu zeigen, wie hoch er die Freundschaft Frankreichs schätze.

### Großbritannien.

**London, 16. Okt.** Der Bizekanzler James wies die Kriminalanklage gegen die Direktion der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Albert“ zurück. — Der Zustand Lord Derby's ist unverändert und beinahe hoffnungslos.

Die in Birmingham tagende Schulunterrichts-Liga beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung vornehmlich mit der Nothwendigkeit des Schulzwanges. Hr. Mundella, Parlamentsmitglied für Sheffield, erging sich über diesen Gegenstand in einer längeren Rede, worin er die Erfahrungen des Auslandes auf diesem Gebiete besonders hervorhob. Er befürwortete darauf hinsichtlich des Modus den Schulzwang, wie er in Sachsen eingeführt sei, und zog auch den Bericht eines amerikanischen Schulinspektors an, um nachzuweisen, daß ohne Schulzwang selbst das amerikanische Schulsystem in New-York nicht hinreichte. Die ganze Versammlung zeigte sich bezüglich des Schulzwanges im weiteren Verlaufe ganz einstimmig. Dagegen konnte man sich nicht recht einigen, den Begriff des „nichtkonfessionellen“ Unterrichts näher zu bestimmen, und das bisherige Wort „unsectarian“ in seiner unbestimmten, ziemlich behabaren Bedeutung ist einstweilen auf dem Programm geblieben.

### Amerika.

**New-York, 16. Okt.** Abds. In einem an den Herausgeber des „New-York Ledger“ gerichteten Briefe dementirt der Präsident Grant sehr kategorisch das Gerücht, als ob er an der in Bezug auf das Gold ausgebrochenen Panique Antheil habe.

**Lissabon, 16. Okt.** (Aus paraguayischer Quelle.) Das französische Packetboot „Estremadura“ ist mit der Post von La Plata und von Brasilien angekommen. Man meldet vom Kriegsschauplatz, daß sich der Präsident Lopez in den neuen Verteidigungslinien befindet, die er im Voraus bei San Estanislao in der Nähe der Korvilleren hat vorbereiten lassen. Er verfügt über ansehnliche Streitkräfte und eine zahlreiche Artillerie. Die Armee der Verbündeten, vom Prinzen Gaston von Orleans befehligt, hat die Verfolgung des Marschall Lopez in Folge der Erschöpfung der Pferde und Maultiere nicht fortsetzen können. Es heißt jedoch, daß die Verbündeten die Verfolgung wieder beginnen wollen, sobald die Reorganisirung ihrer Armee beendet ist.

(Aus brasilianischer Quelle.) Lopez wird von den Verbündeten unablässig verfolgt. Man glaubt ihn in San Estanislao, auf dem Wege nach Bolivien.

### Badischer Landtag.

**Karlsruhe, 16. Okt.** 5. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hrn. Geh. Rath v. Mohl. (Schluß.)

Hr. Graf v. Kageneck erstattete sodann den Bericht der Budgetkommission über die Rechnungsnachweisungen

a) des Großh. Staatsministeriums,  
b) des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten,  
c) des Großh. Handelsministeriums;

Hr. Graf v. Sponneck denjenigen über die Rechnungsnachweisungen des Großh. Ministeriums des Innern.

Die Anträge, diese Nachweisungen für unbeanstandet zu erklären, wurden ohne Diskussion angenommen.

Hr. Geh. Rath Buntzsch stellte hierauf bezüglich des Verfahrens bei Interpellationen folgenden Antrag:

„Erklärung zu Protokoll: Das Haus erachtet sich für berechtigt, bis zur Erlassung einer neuen Geschäftsordnung an seiner Uebung festzuhalten, welche es gestattet, nach einer Interpellation an die Minister und nach Beantwortung derselben eine Debatte zuzulassen, an der auch die übrigen Mitglieder sich betheiligen können.“

Dieser Antrag werde von vielen Mitgliedern des Hauses unterstützt. Es habe sich bezüglich der Interpellationen eine Meinungsverschiedenheit herausgestellt und diese müsse zum Austrag gebracht werden. Der Hr. Redner führt nun aus, daß die Interpellationen ursprünglich nur eine thatsächliche Frage an das Ministerium waren, auf welche ohne Debatte eine eben so einfache thatsächliche Antwort seitens der Regierung erfolgte, daß aber nach und nach im Laufe der Entwicklung des konstitutionellen Lebens an diese Interpellationen sich auch Debatten, jedoch ohne Beschlußfassung, anreichten, die oft von größter Bedeutung waren. Diese letztere Art der Behandlung der Interpellationen sei auch schon längere Zeit Praxis dieses hohen Hauses, und Redner führt Beispiele an aus den Jahren 1863/65, 1865/66 und 1867/68. Die gleiche Praxis sei in England, Italien, Frankreich und Preußen. Diese Praxis wünsche er auch für die Zukunft von dem hohen Hause angenommen. Für diesen Antrag sprechen sich noch aus die Herren: Ministerialpräsident Obkircher, Staatsrath Weizel, Graf v. Kageneck, Geh. Rath Hermann, worauf derselbe einstimmig angenommen wurde, nachdem auch Hr. Staatsminister des Innern, Dr. Jolly, sich vollständig mit demselben einverstanden erklärt hatte.

Hierauf wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

**Karlsruhe, 18. Okt.** 12. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Am Ministertisch: der Präsident des Finanzministeriums, Hr. Ellstätter, und Geh. Referendar Regener.

Nach Eröffnung der Sitzung machte der Präsident einige geschäftliche Mittheilungen aus der Ersten Kammer und das Sekretariat zeigte den Einlauf dreier Petitionen an, worauf zum Gegenstand der Tagesordnung, nämlich zur



Berathung des von dem Abg. Tritscheller Namens der Budgetkommission erstatteten Berichts über den Gesetzentwurf, die Besteuerung der sog. Wanderlager betr., übergegangen wurde.

Der Gesetzentwurf nebst Begründung ist abgedruckt in Nr. 238 d. Bl.; das Wesentliche des Kommissionsberichts lassen wir hier folgen:

Die Großherzogliche Regierung begründet die auf den dreifachen Betrag vorgeschlagene erhöhte Herbeiziehung der sogenannten Wanderlager sowohl zu der Gewerbesteuer als zu den Gemeindeumlagen durch die Eingaben und bitteren Klagen, die von einer Reihe von Handelstammern und Gewerbevereinen ihr zugegangen sind, alle einmüthig sich beschwerend, die ansässigen Handelsleute seien durch die Wanderlager schwer benachtheiligt und seien die letzteren jenen gegenüber immer noch viel zu gering besteuert; die Großherzogliche Regierung führt in ihrer Begründung Beispiele von Beschwerden auf, laut welchen das Anstehen an sie gestellt wurde, das Halten von Wanderlagern, je nach dem Verhältnisse der Einwohnerzahl der Städte, wo sich solche niederlassen, mit 5 fl. bis 18 fl. Steuer täglich zu belegen.

Ihre Kommission stimmt darin mit der Großherzoglichen Regierung überein, daß wenn auch selbstverständlich auf eine Befreiung von solcher Höhe nicht eingegangen werden kann, weil dadurch den Prinzipien der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit wesentlich entgegengehandelt würde, doch diesen Beschwerden die Berechtigung nicht abgesprochen werden kann, und daß eine erhöhte Besteuerung derselben sich den ansässigen Gewerbetreibenden gegenüber als billig empfiehlt.

Die Begründung sagt mit Recht, daß die Besitzer von Wanderlagern den fest niedergelassenen Gewerblenten zeitweise eine beträchtliche Konkurrenz bereiten, und nicht verkannt werden darf, daß, indem solche oft binnen ganz kurzer Frist neben den ansässigen Handeltreibenden ihre Waaren verschleßen, sie zur Zeit immer noch allzuringer besteuert sind, dem Umsatze gegenüber, den die Besitzer von Wanderlagern zu erzielen im Falle sind, welche für den Verschleiß ihrer Waaren die dem Abgabe derselben günstigsten Jahreszeiten auswählen können und auswählen.

Ihre Kommission glaubt aber auch, daß gerade darin der Grundsaß gesucht werden solle, der zur Anmessung der Steuer dienen kann, und sie schlägt Ihnen in dieser Beziehung eine Modifikation des Regierungsentwurfs vor. Die Wanderlager suchen in den meisten Fällen eine bestimmte Jahreszeit, in der die Käufer ihre Einkäufe für die mit derselben verbundenen Bedürfnisse machen, auszubenten, und es erscheint daher gerechtfertigt, anzunehmen, daß sie durch die von ihnen angewendeten Mittel, die Kauflust rege zu machen, die Ausbeute einer ganzen Saison, das ist etwa ein halbes Jahr, in wenigen Tagen zu ernten suchen. Wir schlagen daher vor, den niederen Steuerfuß auf die Steuerhöhe eines halben Jahres festzustellen, und diesen Satz für einen Aufenthalt bis zu 14 Tagen festzusetzen. Bleibt das Wanderlager länger eröffnet, was inzwischen nach den statistischen Mittheilungen der Groß. Regierung selten der Fall ist, so dürfte die Unterstellung gerechtfertigt sein, daß eine intensivere Ausbeute der Kauflust, als sie das vom Wechsel der Jahreszeiten abhängige Bedürfnis erzeugt, beabsichtigt und realisirbar ist, und es ist daher eine Jahressteuer gerechtfertigt. Mehr als eine Jahressteuer kann billigerweise nicht erhoben werden, und hierin erleichtert das Verfahren Ihrer Kommission die Wanderlager gegenüber dem Regierungsentwurf mit Recht.

Das in Württemberg beabsichtigte Gesetz enthält ein ähnliches System wie das vorgeschlagene, nur daß dort mehrere Stufen, je nach der Dauer des Aufenthalts, beabsichtigt sind.

Hiernach schlagen wir vor, den Art. 1 wie folgt zu fassen: „Die Steuer von den sog. Wanderlagern beträgt fortan für eine Dauer des Gewerbebetriebs bis zu 14 Tagen eine halbe Jahressteuer; für eine Dauer von mehr als 14 Tagen eine Jahressteuer.“

Art. 2 laut Regierungsentwurf: „Ministerialpräsident Ellstätter hält den in der Begründung zum vorliegenden Gesetzentwurf aufgestellten Standpunkt der Regierung fest, erklärt jedoch, dem Kommissionsantrag nicht prinzipiell entgegenzutreten zu wollen, da es sich nicht sagen lasse, welches Maß bei Erhöhung der Steuer das richtige sei; nur halte er den Gesetzentwurf für gerechter, billiger und zweckmäßiger als den Kommissionsantrag. Auch müßten bei Annahme des letzteren durch die Kammer noch verschiedene Aenderungen in dem Gesetz vom 26. Mai 1866, welches die Besteuerungsverhältnisse der Wanderlager überhaupt regulirt, vorgenommen werden, wenn beide mit einander in Einklang gebracht werden sollten. Er empfiehlt daher die Annahme des Gesetzentwurfs.“

Abg. P. v. Meyer vertheidigt die Ansicht der Kommission und hebt hervor, daß, da ein ansässiger Kaufmann auch nicht mehr als eine Jahressteuer bezahle, der Inhaber eines Wanderlagers auch nicht mehr zu bezahlen habe, und zwar sei zur Berechnung das Steuerjahr maßgebend. Was die formellen Aenderungen in Folge des Kommissionsantrags betreffe, so seien diese sehr leicht zu bewirken und er stelle deshalb den Antrag, den Gesetzentwurf auf kurze Zeit an die Kommission zurückzuweisen, nachdem die Kammer zuvor darüber sich schlüssig gemacht habe, ob der Gesetzentwurf oder der Kommissionsantrag im Allgemeinen angenommen werden solle.

Abg. K. u. S. empfiehlt diesen Antrag und wünscht Art. 1 des Kommissionsantrags noch genauer dahin redigirt: „für die Dauer von mehr als 14 Tagen bis zu einem Jahr.“

Geh. Referendar Regenauer bemerkt, daß auch der Geschäftsbetrieb ein ununterbrochener sein müsse, indem bei jeder Unterbrechung der fernere Betrieb des Wanderlagers wie ein neuer Geschäftsbetrieb angesehen werden müsse.

Abg. v. G. u. L.: Es sei wünschenswerth, wenn die beiden Entwürfe, da ein prinzipieller Unterschied doch nicht bestehe, verschmolzen würden, und er halte eine Rückgabe des Gesetzentwurfs an die Kommission auf kurze Zeit für das geeignetste. Uebrigens könne er der Ansicht nicht beistimmen, daß der Inhaber eines Wanderlagers nur eine Jahressteuer bezahlen müsse, wie ein ansässiger Geschäftsmann, da er gerade

durch die Art seines Gewerbebetriebs einen weit größeren Vortheil habe als Letzterer, was sich besonders in Baden-Baden während des Sommers zeige.

Die gleiche Ansicht sprechen auch die Abgg. Hummel und K. u. S. aus. Letzterer stellt den Antrag, das Gesetz in der Weise zu fassen, daß für die ersten 14 Tage die halbe Jahressteuer, für jede weitere Woche eine Vierteljahressteuer bezahlt werden solle.

Abg. K. u. S. führt aus, daß das Hinausgehen über eine Jahressteuer gerechtfertigt sei; man setze nur einfach die Jahressteuer für den Besitzer eines Wanderlagers höher als die Steuer für einen ansässigen Geschäftsmann. Er stimme für den Regierungsentwurf und stelle den Antrag, denselben wieder herzustellen.

Für diesen Antrag erklären sich ferner die Abgg. v. K. u. S., Seif, Gerwig, Richter.

Nach einigen Schlussworten des Geh. Referendars Regenauer und des Berichterstatters Tritscheller, welcher Letztere nochmals die Annahme des Kommissionsantrags empfiehlt, wurde zur Abstimmung über die verschiedenen Anträge geschritten und sogleich derjenige des Abg. K. u. S., welcher zuerst zur Abstimmung kam, angenommen.

Bei der nun folgenden Abstimmung über den Gesetzentwurf wurde derselbe im Ganzen, mit allen gegen 1 Stimme, angenommen, nachdem keine weiteren Anträge gestellt worden waren. Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

### Vermischte Nachrichten.

München, 15. Okt. (S. M.) Die gestern stattgehabte Generalversammlung der Aktionäre der bayerischen Ostbahnen hat die Herabsetzung der vom letzten Landtag genehmigten Linien (Regensburg-Neumarkt-Nürnberg, Cham-Straubing-Mühlbach, Weiden-Neufirchen und noch zwei kleine Abfzungsabzweigungen) gutgeheißen. Es wurde ferner beschlossen, daß die Lantime des Verwaltungsraths von 10 auf 5 Proz. herabgemindert werde, daß die hierdurch erübrigten 5 Proz. zur Unterstützung des Personals verwendet werden sollen, daß der Verwaltungsrath im Jahre 1871 neu gewählt werde, und daß der Antheil des Staates an den Betriebsüberschüssen künftig betragen solle: bei einer Rente von 5 1/2 bis 6 1/4 Proz. 1/2 Proz., von 6 1/2 - 7 Proz. 2/3 Proz., von 7 - 8 Proz. 1/2 Proz., bei einer Rente von über 8 Proz. außer obigem 1/2 Proz. die Hälfte des Mehrbetrags über 8 Proz. Zum Bau der neuen Linien werden für 20 Mill. neue Aktien ausgegeben, und können die Besitzer von 3 alten je eine neue beanspruchen. Der weitere Bedarf von 27 Mill. soll durch eine Prioritätsanleihe, oder, wie in der Versammlung der Wunsch sich äußerte, durch ein Prämienanlehen gedeckt werden. Andere ebenfalls aufgetauchte Wünsche konnten nicht diskutiert werden, da sie nicht auf der Tagesordnung standen.

Bonn, 16. Okt. Die Wittve Moriz Andor's ist heute früh im Alter von 84 Jahren gestorben.

Der „Gaulois“ bringt folgende Einzelheiten über das Duell des Fürsten Metternich mit dem Grafen Beaumont, welches auf einer Rheininsel in der Nähe der Brücke von Kehl stattfand. Die Sekundanten des Fürsten waren: der Fürst von Sagan und der Graf Welsersheim, Militärattaché an der österreichischen Botschaft; die Sekundanten des Grafen Beaumont: der Vicomte d'Orto und der Graf Gauville. Der Graf Beaumont, der mit der Führung des Säbels, der vom Fürsten Metternich gewählten Waffe, wenig vertraut war, bezieht sich desselben wie eines Stobegens und durchsach seinem Gegner den rechten Oberarm vollständig. Da die Arterie verletzt worden war, so war die Wunde nicht ohne Gefahr, und nach einem ersten Verband ward der Fürst auf das benachbarte Schloß der Baronin Buffières gebracht. Während einiger Stunden löste der Zustand des Verwundeten lebhafteste Besorgnisse ein; die letzten Nachrichten lauteten jedoch beruhigender.

Zur Beurtheilung der „Intelligenz“ der Börse mag Folgendes dienen: Der „Constitutionnel“, oder richtiger einer seiner Redakteure, der jeden Tag für einen verlorenen hält, an dem er nicht an Preußen generelt lag, ließ sich auch dieser Tage wieder über die Politik des Berliner Kabinetts vernehmen, und trug denn auch zur Baize an der Börse bei. Das „Journal de Paris“ bemerkt hierzu: „... Die Börse glaubt also an einen Krieg in diesem Augenblick! Der Kaiser der Franzosen ist in Compiegne, die Kaiserin im Oriente, der Kaiser Franz Joseph reist nach Konstantinopel, der Kronprinz von Preußen hat so eben Wien verlassen, wo er von der ganzen Bevölkerung mit Enthusiasmus begrüßt wurde, — und die Börse fürchtet einen Krieg in einem solchen Augenblicke, weil es dem Hrn. G. Simon beliebt, im „Constitutionnel“ über die angebliche Babilische Frage zu disputiren! Man kann nicht intelligenter sein!“

Aus Petersburg wird folgender Vorfall gemeldet, der auf einer Bahn im Innern Rußlands sich zugegetragen hat. Vier Menschen waren in einem Orte verunglückt und man telegraphirte nach einem Arzte. Wie der Arzt den gerade nach der Unglücksstelle zufällig abgehenden Güterzug benutzen will, wird trotz aller Vorstellungen angeordnet, er könne nur mitfahren als Begleitung zu einer lebendigen Waare. Es gelang, in der Eile einen Hahn in dem nächsten Hause zu erhaschen, ihn dem Besitzer zu bezahlen, und dann durfte der Arzt in geflüchteter Weise per Güterzug seinem menschenfreundlichen Berufe nachgehen.

Der westindische Postdampfer „Seine“ bringt verschiedene Berichte über Erdbeben in Südamerika und Westindien. Aus Chile meldet man von Erdbeben, Peru aber ist weit bedeutender heimgesucht worden. In Lima herrschte die größte Bestürzung über die Unglücksposten aus den südlichen Provinzen. Am 20., 21. und 24. August wurden die im vorigen Jahre so schwer betroffenen Landstriche abermals mächtig erschüttert. Großer Schaden wurde verursacht und namentlich am 24. waren die Städte wirklich fürchterlich. Bei Iquique und Arica ging die See mit entsetzlicher Schnelligkeit zurück und stürzte dann mehrmals 6 Fuß über die gewöhnliche Fluthöhe in das Land hinein. Das Geschäft lag vollständig darnieder und Arica war verlassen. Auch in St. Thomas haben die Erderschütterungen wieder begonnen und am 17. Sept. verspürte man dort einen besonders heftigen Stoß.

### Badische Chronik.

Karlsruhe, 18. Okt. Wir vernehmen, daß nach dem Entschenden des als Autorität im chirurgischen Fache bekannten Hrn. Hofrath

Dr. v. Riehart in Würzburg die Eisenbahn-Bediensteten, welche wegen der bei dem Eisenbahn-Unfälle in der Nähe der Station Unterschilf erlittenen Körperverletzungen in Eschensur ärztlich behandelt werden, sich mit Ausnahme eines Einzigen, dessen Zustand noch nicht ganz befriedigend ist, außer Gefahr befinden und ihre vollständige Wiederherstellung zuversichtlich erwarten dürfen.

Karlsruhe, 18. Okt. Das Verordnungsblatt der Direktion der Verkehrsanstalten Nr. 56, vom 14. d. M., enthält 1) die Eröffnung des Betriebsdienstes auf der neuen Bahnstrecke Lauda-Königsbrunn-Mergentheim, und 2) die Tarife für die Bahnstrecke Lauda-Mergentheim.

Karlsruhe, 16. Okt. (Zur landwirthschaftlichen Ausstellung.) Die forstliche Abtheilung dieser Ausstellung hat durch ihre glückliche Wahl der Gegenstände, durch ihre Reichhaltigkeit und durch ihre zweckmäßige Ordnung sich des allgemeinen Beifalls zu erfreuen gehabt.

Wir wollen hier nur eines Gegenstandes gedenken, den sie auf eine für Jedermann ganz klare Weise zur Anschauung brachte.

Es ist dies der Einfluß der Streunutzung auf den Zustand des Waldbodens und den Holzwuchs.

Alle Forstleute und alle verständigen Landwirthe sind längst darüber einig, daß unter der Streunutzung nothwendig der Wald leiden und am Ende zu Grund gehen muß; aber demungeachtet bauert dieselbe auf eine beklagenswerthe Weise fort, wie aus dem Zustande der Wäldungen im Rheinthale, im Hügelland und in den Vorbergen zu erkennen ist. Dem Walde werden keine die Ernährung der Pflanze fördernden Stoffe zugeführt, wie dem Ackerbau, und wenn man ihm den Laub- und Nadelabfall, auf den er allein angewiesen ist, entzieht, so kann hieraus nichts anderes als eine Verarmung des Bodens, und in Folge dessen eine Verkümmern der Holzpflanzen entstehen, wie die Darstellung des besträubten und des geschonten Bodens und die darauf gewachsenen Hölzer in der forstlichen Ausstellung sehr deutlich zeigen.

Auf dem herabgekommenen Boden kann statt des Laubholzes nur noch die genügsame Kiefer erzogen werden, und wenn man mit der Streunutzung fortfährt, kommt auch diese nur in sehr verkümmertem Zustande fort, so daß von der Erziehung seltener Sortimente keine Rede mehr sein, und der Bestand eigentlich kein Wald mehr genannt werden kann.

Wir halten es in der That für unverantwortlich, durch den Raub für die Landwirtschaft den Waldboden und seine Bestände so herabzubringen, daß nach und nach eine völlige Unproduktivität entsteht. Eine Landwirtschaft, die nicht ohne Verarmung des Waldes durch die Benützung der ihr zu Gebot stehenden andern Streu- und Düngemittel die Kraft ihres Geländes zu erhalten vermag, hat keine Berechtigung zur Fortexistenz.

Die Erhaltung des Waldes ist aus bekannten Gründen für das Land zu wichtig, als daß man das bisherige Verfahren fortbauern lassen darf, und darum müssen die Ansprüche der Landwirthe auf Streunutzung im Walde aufgegeben werden.

Wir halten es für nothwendig, daß Streuberechtigungen, wo sie noch bestehen, wenn auch mit wesentlichen Opfern zur Ablösung gebracht, und die Veräußerungen und vergünstigungsweisen Abgaben von Waldstreu unterlagert werden.

Die Sache ist von solcher Wichtigkeit, daß sich die Gesetzgebung derselben bemächtigen sollte.

### Sammlung zur Errichtung eines Nationaldenkmals für Alexander von Humboldt.

Von Berlin aus, veranlaßt durch die angesehensten Männer aller Wissenschaften, erging ein Aufruf an das deutsche Volk, um Alexander von Humboldt, dessen 100jährigen Geburtstag am 14. September alle Sachverständigen der Gesellschaft in ehrendem Andenken gefeiert, dem größten und populärsten Forscher des Jahrhunderts, ein Nationaldenkmal, ein Standbild in Berlin zu errichten.

Um zu diesem Zwecke Sammlungen zu veranstalten, sind durch ganz Deutschland Lokalkomitees zusammengesetzt. Die Unterzeichneten, vom geschäftsführenden Ausschusse in Berlin aufgefordert, haben, ebenso wie in Heidelberg Herr Geh. Rath Dr. Helmholz, in Freiburg Herr Hofrath Dr. Gerber, ein Lokalkomitee dahier gebildet, und ersuchen nun, im Vertrauen auf die nationale wie humane Bedeutung der Sache, dieselbe durch Beiträge zu unterstützen.

Die Unterzeichneten, sowie auch die Expedition der Karlsruher Zeitung sind bereit, solche entgegenzunehmen.

Karlsruhe, 18. Okt. 1869.  
Dr. G. Wiedemann, Hofrath. Dr. R. Solz, Obermedizinalrath.  
Hirschstraße Nr. 54. Waldbornstraße Nr. 11.

Frankfurt, 18. Okt. Nachm. Oesterr. Kreditaktien 242 1/2, Staatsbahn-Aktien 352 1/2, Silberrente 57 1/2, 1868er Loose 78 1/2, Amerikaner 98 1/2.

### Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

16. Okt.	Baromet.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Procenten.	Wind.	Sinnmel.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 8,2"	+ 6,8	0,76	S.W.	gg. bed.	trüb, frisch
Morg. 2 "	27° 7,2"	+ 11,2	0,65	S.O.	bn. bed.	windig, kühl
Nachte 9 "	27° 5,8"	+ 5,6	0,95	S.W.	h. bed.	kühl
17. Okt.						
Morg. 7 Uhr	27° 4,2"	+ 7,0	0,94	S.W.	gg. bed.	trüb, kühl, Regen
Morg. 2 "	27° 5,8"	+ 6,4	0,86	"	"	windig, frisch
Nachte 9 "	27° 8,5"	+ 3,9	0,67	"	"	klar

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 19. Okt. 3. Quartal. 107. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal wiederholt: Demetrius, Tragödie in 5 Akten, mit Benützung des Schiller'schen Fragments bis zur Verwandlung des 2. Aktes, von Heinrich Laube.

### Theater in Baden.

Mittwoch 20. Okt. Das Posthaus in Treuenbriegen, Lustspiel in 1 Akt, von August v. Koberue. Hierauf: Ein unbarmherziger Freund, dramatische Kleinigkeit in 1 Akt, von Auguststohn. Zum Beschluß: Des Nächsten Hausfrau, Schwank in 3 Akten, von J. Rosen.



§ 479. Borberg. Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unseren lieben Gatten und Vater,

Friedrich Wilhelm Henrici, nach einem vierwöchigen Leiden in einem Alter von 58 Jahren sanftem Tode in ein besseres Jenseits zu rufen.

Um stille Theilnahme bitten, Borberg, den 16. Oktober 1869, Die trauernden Hinterbliebenen.

§ 469. Krautheim. Freunden und Bekannten zeigen wir hiermit an, daß unser innigstgeliebter Gatte, Vater und Schwiegervater, Adam Heinefetter, Posthalter, heute, im Alter von 75 Jahren sanft verschied.

Krautheim, den 13. Oktober 1869, Die trauernden Hinterbliebenen.

§ 488. Dögern. **Nachruf.**

Letzte Woche schied aus unserer Mitte der seit 6 1/2 Jahren segensvoll hier weilende hochwürdige Herr Pfarrer Samhaber, um in seine neue Pfarrgemeinde Nollingen überzugehen. — Es ist unsere Pflicht, ihm, dem wahren Seelenhirten, dem edlen Menschenfreunde und unermüdblichen Wohlthäter gegen Arme und Kranke, ein herzlich lebendes Nachrufen; damit verbinden wir die Gesühle unseres tiefsten Dankes, der innigsten Verehrung und Hochachtung, die wir unserem treuen Seelenhirten schulden. Gott der Herr möge ihn belohnen, er möge ihn segnen, auf daß es ihm vergönnt sei, noch recht lange im Weinberge des Herrn zu arbeiten.

Dögern, den 16. Oktober 1869. Im Namen des Kirchspiels: M. Leber, Bgmstr.

**Viehmarkt in Durlach betr.**

§ 486. Nachdem die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh im Amtsbezirk Durlach als erloschen zu betrachten ist, und Groß-Bezirksamt daher das Verbot, die Abhaltung der Viehmärkte betr., zurückgenommen hat, so werden von jetzt an dieselben wieder regelmäßig abgehalten.

Der nächst fällige Viehmarkt findet Montag den 25. d. M.

Durlach, am 14. Oktober 1869. Bürgermeisteramt. Dieborn.

§ 413. Konstanz. Von der Buch- und Antiquariatshandlung Ludwig Wagg in Konstanz ist zu begehren, höchst billigen Baarpreisen zu beziehen:

**Annalen der badischen Gerichte.** Band 1/22. Jahrgang 1833/35. Mannh. 4<sup>te</sup> Pp. Titel. (Sehr schön erhalten.) 22 fl.

**Boehmer's auserlesene Rechtsfälle.** 3 Bde. in 6 Abthlg. geb. 1/2 Frz. Götting. 1799 1802. 4<sup>te</sup> 3 fl.

**Corpus juris civilis.** Ed. Gothofredus. 2 vol. Lips. 1720. gr. Ldr. 4<sup>te</sup> 2 fl. 12 fr.

**Corpus juris civilis** ins Deutsche überf. und herausgegeben von Otto, Schilling u. Sinteris. 2te Aufl. 7 Bde. Leipz. 1839. Pp. Titel. 12 fl. 48 fr.

**Corpus juris canonici** ins Deutsche überf. v. Schilling u. Sinteris. 2 Bde. Leipz. 1834. Pp. T. 4 fl.

**Landhard,** Rechtsfälle mit Entscheidungen d. franz. und belg. Gerichtshöfe etc. 10 Bde. Mannh. 1834/39. 1/2 Frz. (Sehr schön erhalten.) 11 fl.

**Regierungsblätter,** Badische, Jahrgang 1803—1868 in 65 Bänden. Karlsruh. 4<sup>te</sup> Pp. Titel. 30 fl. (Sehr schön erhalten.)

do. do. Jahrg. 42, 43. Pp. 30 fr.

**Zhibaut,** System d. Pandectenrechts. 6. Aufl. 3 Bde. Jena 1823. 1/2 Frz. 1 fl. 12 fr.

**Zhilo,** d. Controversen d. französi. Civiltrechts. Stuttg. 1841. Pp. T. 1 fl. 30 fr.

**Zämmtliche Werke sind im besten Zustande.**

§ 414. Im Verlage von Ludwig Wagg in Konstanz ist so eben erschienen und durch alle Buch- und Musikalienhandlungen zu beziehen:

**Das Lied von den Fischen.**

Gedicht von Jos. Wiel. Komponirt von C. F. Schmalholz. Preis für Text und Clavierbegleitung 42 fr.

In unserem Verlage erschien und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen:

**Die ebene Geometrie und deren Anwendungen.**

Für erweiterte Volksschulen, Bürger-, Gewerbe- und landwirthschaftliche Schulen, sowie für den Selbstunterricht bearbeitet von

A. Maier, Professor am Realgymnasium in Karlsruhe. Mit 4 lith. Tafeln. 45 fr.

Der Groß- Badische Oberschulrath empfiehlt in einer Verordnung vom 18. März a. c. (Nr. 3329) dieses Lehrbuch den obengenannten Schulen angelegentlich zur Anschaffung. Dreie exemplare stellen wir denjenigen Herren Lehrern, welche zu einer Einführung geneigt sind, gern zur Verfügung.

Karlsruhe, im Oktober 1869. G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

**Geschlechtskrankheiten,** Schwärzgeschwülste, Impotenz, Frauenkrankheiten, Weissfluß etc. heilt gründlich, brieflich und in i. Heilanstalt, Dr. Rosenfeld, Berlin, Leipzigerstr. 111. D. 975.

**Wurstlergesuch.**

§ 418. In einer frequenten Wurstlerei wird ein erster Arbeiter gegen guten Lohn gesucht. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

## Lotterie der landw. Ausstellung. Versteigerung.

Donnerstag den 28., Morgens 9 Uhr anfangend, werden die bis dahin nicht abgeholten Gewinnste im Magazin des Herrn Kaufmann Kempf, gegenüber dem hiesigen Güterbahnhof, gegen baare Zahlung öffentlich versteigert. Karlsruhe, den 16. Oktober 1869.

Die Kasse der Centralstelle des landw. Vereins.

§ 499. Karlsruhe. **Henriette Bühler, Modehandlung, Langestraße Nr. 50,** beehrt sich die Rückkehr von ihrer Pariser Einkaufsreise hiermit empfehlend anzugeigen

## Gehör- und Sprachkranken,

sowie den an Ohrenschmerzen, Brausen, Singen, Klingeln und dergl. Leidenden, wird Medicinalrath Dr. Schmalz

aus Dresden, welcher seit 40 Jahren mit den fraglichen Krankheiten ausschließlich sich beschäftigt und die Ohren ohne jede Belästigung untersucht, den 21., 22. und 23. Okt., Donnerstag bis Sonnabend in Karlsruhe Rath erteilen: Engl. Hof; 9—1 Uhr. § 440.

Deutsche, französische und englische Kurzwaren. **Ludwig Oehl, vormals G. Lang, neues Geschäftsklokal: Langestraße 177, im Hause des Herrn A. Huber, vis à vis dem Frauenverein in Karlsruhe.** § 368. **Puntstickereien, sowie alle zur Garnirung mit Stickerei sich eignenden Gegenstände.**

## Wannheim. Faß-Versteigerung.

Wegen Aufgabe des Geschäfts werden nächsten Mittwoch den 20. d. Mts. in Litra O 7 No. 5 u. 6 Heidelberger Straße

Morgens von 10—12 Uhr und Nachmittags von 2—4 Uhr

sämmtliche Faß- und Lagerfässer der J. Moll'schen Brauerei zum Durlacher Hofe hier durch den Unterzeichneten öffentlich gegen Baarzahlung versteigert.

Wannheim, 16. Oktober 1869.

Der Waisenrichter C. J. Schwenzke.

## Examen.

Das International-Lehrinstitut bereitet beständig für die verschiedenen Staatsprüfungen vor: Einjähriges Militär-Examen, Porteebefähigung, Polytechnikum, Post, Cadettenhaus etc. Bei der letzten Prüfung für den Einjährigen Militärdienst in Karlsruhe sind von 20 Candidaten siebenzehn bestanden, wovon drei, in 1852 geboren, schon nach preussischer Art geprüft wurden, so dass im Ganzen 37 Candidaten in Karlsruhe und 3 in Speyer angenommen worden sind. — Pensionat mit strenger Disziplin. — Näheres bei der Direktion in Bruchsal.

## Stellegesuch.

§ 431. Ein der neueren Sprachen mächtiger, fähiger, auch im Notariatsfache gewandter junger, verheiratheter Mann mit guten Zeugnissen, sucht Stelle; Ansprüche bescheiden, Eintritt sofort. Gef. franco Offerten an die Expedition dieses Blattes.

## Theilhaber-Gesuch.

§ 433. In ein Weingeschäft im Großherzogthum Baden, welches sich besten Rufes und guter Kundschafft erfreut, wird behufs Ausdehnung ein stiller oder thätiger Associé mit einer Kapitaleinlage von 30,000 bis 35,000 fl. gesucht. Franco Anfragen besorgt die Expedition dieses Blattes unter Nr. § 342.

## Brief-Convorts

mit äußerst elegant aufgedruckten farbigen Firmenstempeln (Erlaub der Siegeloblate) empfiehlt zu sehr billigen en gros-Preisen die

Koch'sche Briefconvortfabrik in Augsburg. Solide Agenten werden gesucht. § 492.

## Offenburg. Färber-Gesuch.

Ein erfahrener solider Färber, der als Geschäftsführer in der Lappen-Färberei und Druckerei vorstehen kann, wird auf dauernde Beschäftigung zu engagiren gesucht. Näheres Auskunft ist bei Färbermeister Wörter in Offenburg zu erfahren.

## Ein Hühnerhund.

§ 435. Einjährig, vollständig dressirt, ist zu verkaufen. Wo? ist bei der Expedition dieses Blattes zu erfragen. § 380.

## Ein Hühnerhund.

§ 462. Karlsruhe. Die neue Englische Patent-Doppelsteppschneidmaschine v. Taylor, welche durch Billigkeit und Solidität alles bisherige übertrifft, mit gleicher Fadenspannung alle Stoffe näht, ist allein mit Garantie zu beziehen bei

L. Spies, Nähmaschinenhandlung.

## Apothekerverkauf.

§ 480. Mannheim. Eine äußerst frequente Apotheke in Baden ist unter sehr günstigen Bedingungen bei einer Anzahlung von 20,000 bis 25,000 fl. zu verkaufen. Näheres durch Junhoff & Stahl — Mannheim.

## Klosterholz- und Wellenversteigerung.

§ 489. Durmersheim. Bis Mittwoch den 20. d. Mts., Morgens 1/9 Uhr anfangend, läßt die Gemeinde Durmersheim in ihrem Saal

148 Klafter forstliches Scheiterholz, bis Donnerstag den 21. u. Freitag den 22. d. M.

22,600 Stück forstliche Wellen öffentlich versteigern.

Die Zusammenkunft ist am ersten Tag am Ettlinger Weg beim Waldeingang, den dritten Tag ebenso, den zweiten am Brunnenweg an der sogenannten Hefestrasse.

Durmersheim, den 16. Oktober 1869. Bürgermeisteramt. B a t h.

vd. E. Lager, Rathschreiber.

## Strafrechtspflege.

**Ladungen und Fahndungen.** § 357. Nr. 20168. Waldshut. In der Nacht vom 1. d. M. wurden von einem vor dem Sonnenwirthshaus zu Rogel stehenden Güterwagen 128 fl. 10 kr., zum größten Theil in Goldmünzen bestehend, und in 6 Pakete mit grauem Papier verpackt, entwendet.

Wir bitten um Fahndung auf das Entwendete und den zur Zeit unbekanntem Thäter. Waldshut, den 15. Oktober 1869. Großh. bad. Amtsgericht.

H o l m a n n.

## Verwaltungssachen. Polizeisachen.

§ 473. Nr. 6609. Weinheim. Anna Maria Michel, ledig und 19 Jahre alt, von hier erbielt heute einen Reisepaß nach Amerika, nachdem sich deren Vater Salomon Michel für etwaige Schulden derselben haftbar erklärt hat.

Weinheim, den 15. Oktober 1869. Großh. bad. Bezirksamt. L a n g.

## Vermischte Bekanntmachungen.

§ 498. Nr. 8605. Karlsruhe. **Bekanntmachung.**

Die Bitte des Postpaders Johann Dohs von Reich um Erlaubniß zur Aenderung seines Familiennamens in „Räpplé“ betr.

Johann Dohs von Reich hat darum nachgesucht, seinen Familiennamen in „Räpplé“ umändern zu dürfen. Dies wird mit dem Ansuchen bekannt gemacht, daß etwaige Einsprüche gegen die Bewilligung dieses Gesuchs nebst Begründung binnen 3 Monaten daber einzureichen sind.

Karlsruhe, den 12. Oktober 1869. Justizministerium. D b l i c h e r.

§ 493. Karlsruhe. **Bekanntmachung.**

Die zu dem Gebäude für die vereinigten Groß-Sammlungen weiter erforderliche Steinbauerarbeit in rothem Materiale, worunter auch viele Platten, soll im Commissionswege in Auftrag gegeben werden.

Zeichnungen, Kostenschätzungen und Bedingungen sind in dem Geschäftszimmer des Unterzeichneten, in der Nähe obigen Gebäudes, täglich einzusehen und die nach Prozentätzen der Uebererschlagbeträge angebotenen Angebote, versiegelt, längstens bis 25. d. M., Mittags 12 Uhr, einzureichen.

Karlsruhe, den 18. Oktober 1869. Oberbaurath. B e r k m a n n.

## Verkauf von herrenlosen Reiseeffekten und Frachtgütern.

Die in der Zeit vom 1. Juli 1867 bis dahin 1868 in den Bahnhöfen und Eisenbahnwagen herrenlos vorgefundnen Reiseeffekten und Frachtgüter, für welche eine Rückforderung bisher nicht stattgefunden hat, werden mit höherer Ermächtigung am 26., 27. u. 28. d. M., jeweils Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr beginnend, in den Räumlichkeiten des Eisenbahnmagazins in Offenburg Versteigerung an den Meistbietenden gegen Baarzahlung dem Verkauf ausgelegt.

Karlsruhe, den 16. Oktober 1869. Groß-Verwaltung der Eisenbahn-Magazine. M e i s l i n g e r.

## Schwarzwald-Bahnbau.

§ 391. Nr. 2098. Tritberg. Behufs Fortsetzung des Bahnbauwerks vergebend wir noch nachstehend angeführte weitere Arbeiten im Wege schriftlichen Angebotes, und zwar:

1) Die Ausführung des Einleitens zwischen Signal 1670—1685, oberhalb dem 3. und 4. Bauer auf der rechten Thalseite, Gemarkung Niederwasser, veranschlagt zu 29,446 fl.

2) Die Ausführung des unteren Voreinleitens für den Loosbachtunnel bei Signal 1955, zwischen dem sogenannten Mülchbäldele und dem Loosbachtal, Gemarkung Gremmelbach, veranschlagt zu 7,665 fl.

3) Die Ausführung des unteren Voreinleitens für den Rebrunnel in das Gremmelbachtal, im sogenannten „Selenwald“, Signal 2260, Gemarkung Gremmelbach, veranschlagt zu 11,171 fl.

Bewerber um diese Arbeiten wollen ihre Angebote längstens bis

Donnerstag den 21. Oktober, Morgens 10 Uhr,

auf dem Geschäftszimmer der unterfertigten Stelle vorstufen und versiegelt, sowie mit entsprechendem Aufschluß versehen, abgeben, bis wohin auch daselbst Bedingungen und Kostenschätzungen eingesehen werden können. Der Invektion unbekanntem Bewerber haben sich durch Fähigkeit und Vermögenszeugnisse auszuweisen.

Tritberg, den 10. Oktober 1869. Groß- Eisenbahnbau-Inspektion. S t a b e n d ö r f e r.

## Versteigerung.

§ 476. Nr. 688. Ettlenheim. (Holzversteigerung.) In dem diesseitigen Domänenwald, Distrikt Klosterwald l. 7 Säggaben, werden mit Baarzahlung bis 1. März f. j. am Montag den 25. Okt. d. J. versteigert: 45 Stück buchene Leiterlängen, 97, Kistr. buchene, 87, Kistr. tannene und 27, Kistr. gemischtes Scheiterholz, 1437, Kistr. buchene, 1/2 Kistr. eichene, 46 Kistr. tannene und 397, Kistr. gemischtes Prügelholz, 1800 Stück buchene Wellen und 4 Loose Schlagraum.

In Distrikt Klosterwald von bürren Stämmen: 1 Stamm tannenes Eigholz von 121 Kubikfuß, 107, Kistr. tannenes Scheiterholz, 1/2 Kistr. buchene, 47, Kistr. tannene und 77, Kistr. gemischtes Prügelholz, 1/2 Kistr. tannene und 13 Kistr. tannenes Stockholz, 425 Stück tannene Reisholzwellen und 1 Loose Schlagraum. Die Zusammenkunft ist jeden Tag früh halb 9 Uhr im Badhaus zu Münsterthal.

Ettlenheim, den 16. Oktober 1869. Großh. bad. Bezirksforstrei. S t r e c k e r.